Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: 153 Fernsprecher 222 Johannisgasse 8.
Haupt-Filiale Dresden: Marienstraße 34 (Fernsprecher Amt I Nr. 1713).
Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603).

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Familien- und Stellen-Anzeigen 20 ₰.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an besonderer Stelle nach Tarif.
Die 4gespaltene Reklamezeile 75 ₰.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Extra-Beilagen (nur mit der Morgen-Ausgabe) nach besonderer Vereinbarung.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & W. Klinkhardt).

Nr. 37. **Sonnabend** den 21. Januar 1905. **99. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Im Reichstage ergriff gestern auch der Graf Bülow das Wort zu einer längeren Rede über den Bergarbeiterstreik. (Siehe Bericht.)

* Der Schuß auf den Winterpalast in Petersburg ist aus dem dritten Geschütz der ersten Batterie der zweiten Gardeartillerie-Brigade abgefeuert worden. (Siehe den besonderen Artikel.)

* Witte wurde zum Zaren berufen; nach einer Pariser Meldung nimmt Swiatopolk-Mirsky an der Untersuchung der letzten Ereignisse nicht teil; sein Nachfolger wäre Fürst Obolensky. (Siehe Ausland.)

* In Petersburg stehen, nachdem die streikenden Arbeiter alle Werkstätten besuchten, sämtliche kleineren industriellen Betriebe still, die Druckereien sind geschlossen worden. (S. Ausland.)

* Nach der „Morning Post" hätten dem Plan Hays und Roosevelts, die Integrität Chinas zu sichern, Großbritannien, Frankreich und Deutschland ihre Unterstützung bereits zugesichert.

Die Wahrung der heiligsten Güter.

In allen Schichten der Nation, die nicht von der Fata Morgana des ewigen Friedens geblendet sind oder wie hypnotisiert auf das Los eines einzigen Standes starren und jeden Ausblick und Umblick geflissentlich meiden, reift langsam, aber unwiderstehlich die Ueberzeugung heran, daß wir einer Epoche entgegengehen, in der wieder einmal „um der Menschheit große Gegenstände" gestritten werden wird. Die Vorausschauenden im deutschen Volke zweifeln nicht daran, daß Entfaltung aller Keime, Beteiligung aller Energien, Konzentration aller nationalen Kräfte die Losung sein muß, wenn wir uns erhalten und uns die Möglichkeit freien Wachstums bewahren wollen. Von diesem Gedanken ist auch die Gesamtheit der verbündeten Regierungen durchdrungen. Immer wieder mahnt der Kanzler, das Trennende zu vergessen, das Einende zu erkennen; immer wieder ist er bemüht, eine gemeinsame Basis zu schaffen, Gegensätze fortzuräumen, zu versöhnen, zu konsolidieren. Wir sind nicht immer mit seinen Mitteln einverstanden, aber wir müssen zugestehen, daß er diesen seinen Gedanken konsequent festhält und wir glauben, daß die „schwere Not der Zeit", die immer die beste Lehrmeisterin ist, ihm zur allgemeinen Anerkennung verhelfen wird.

Dieses Streben nach innerer Einheit der Nation führt folgerichtig zu der Forderung, daß die Einwanderung von Elementen nicht begünstigt werde, die einen Fremdkörper im Volksorganismus, einen Staat im Staate bilden, sich weder an uns anpassen können noch wollen und im Ernstfalle eine Gefahr sind, statt eine Verstärkung zu sein. Preußen treibt seine Polenpolitik unter diesen deutschnationalen Gesichtspunkten, durch sie allein wird sie gerechtfertigt. Aber es genügt nicht, daß die Regierung ihre Aufgabe erkannt hat und ihre Pflicht tut; die „herrschenden", die gebildeten und besitzenden Stände müssen ihr zur Seite stehen. Sind diese kurzsichtig oder säumig, so wird auch die Regierung früher oder später des leidigen Kampfes müde werden und dann ablassen, die slavische Flut einzudeichen. Heutigen Tages bedürfen alle umfassenden Aktionen einer Regierung des Rückhaltes der öffentlichen Meinung.

Wie verhalten sich nun aber die herrschenden Stände zu dem Gedanken der Vereinheitlichung der Nation, die man in den Ruf: „Deutschland den Deutschen!" zusammenfassen kann? Wir lesen soeben, daß im Ruhrgebiet achtzigtausend polnische und sechszehntausend ausländische Arbeiter leben. Diese Arbeiter, Polen, Tschechen oder Italiener, sind herangezogen worden, nicht etwa, weil sie leistungsfähiger, sondern weil sie billiger und unterwürfiger sind. Die Unternehmer erblicken in ihnen die Arbeitswilligen par excellence. Diese Berechnung war irrig, die Polen haben sich diesmal an dem Streik beteiligt. Aber durften die Unternehmer zu solchen Mitteln greifen? Sollten sie nicht objektiv, nicht menschenfreundlich, nicht klug genug sein, um den Arbeitern eine höhere Lebenshaltung, ein freieres Selbstbewußtsein zu gönnen, da ja doch unbedingt mit der günstigen Lage, der gesteigerten Intelligenz auch die Arbeitsleistung sich hebt? Sollten diese Herren es nicht aus ihrem vaterländischen Empfinden heraus ablehnen, Landfremde in ihr Gebiet zu ziehen, die uns schwächen, die Masse verschlechtern, die nationalen Instinkte trüben, den standard of life herabdrücken? Gewiß, es kostet Geld, ein solches Empfinden zu betätigen, allein die Haniel, Thyssen, Stinnes und Genossen würden ja vielleicht nicht gerade Hungers sterben, wenn sie sich entschließen, grundsätzlich nur deutsche Arbeiter einzustellen. Wenn diese Herren auf dem Altar des Vaterlandes nichts opfern wollen als Reden, wer, fragen wir, solle denn eigentlich in der Lage sein, seinen Idealismus noch durch Handlungen darzutun? (Bei dieser Gelegenheit wäre es uns interessant zu erfahren, welcher Praxis denn die Staatsbetriebe huldigen.) Im Osten wie im Westen unseres lieben Vaterlandes das gleiche Bild, hier die agrarischen, dort die industriellen Magnaten, die das minderwertige fremde Proletariat in Massen importieren. Frhr. v. d. Goltz sagt in seinem Buche „Agrarwesen und Agrarpolitik" von den polnischen Arbeitern: „Sie zeichnen sich zwar durch Genügsamkeit und Unterwürfigkeit aus, sie sind aber gleichzeitig unzuverlässiger, weniger sorgfältig, trunksüchtiger, schmutziger und bei schweren Arbeiten nicht so leistungsfähig". Schadet nichts; die kostbare Eigenschaft der „Unterwürfigkeit" macht alle anderen Mängel wett. Das körperliche und sittliche contagium, die Gefahr der Polonisierung kommt nicht in Betracht: sie sind „billig!" Wir rechten nicht mit dem kleinen Landwirt, von dem wir kein Opfer verlangen, das sein Budget vielleicht allzustark belasten mag, aber wie viele Großgrundbesitzer vergessen den Satz, daß Adel verpflichtet! Und wir wiederholen die Frage, wer denn eigentlich nationalen Idealismus betätigen soll, wenn diese Klassen so vollständig versagen und in ihrem Handeln und Unterlassen nur durch Rechenexempel bestimmt werden?

Wer aber führt das Wort „national" lauter, aufdringlicher im Munde, als gerade die Vertreter dieser Stände? Die Sozialdemokratie wird — leider mit Recht — als vaterlandlos gebrandmarkt, allein zu den großen Worten fehlt das Komplement der großen Leistungen. Und hier liegt auch der Schlüssel zu dem Rätsel, warum wir weder mit den Polen noch mit den Sozialdemokraten fertig werden. Die einen wie die andern sind unseren maßgebenden Ständen an Opferfreudigkeit, an Idealgehalt der Gesinnung bei weitem überlegen. In solchen Kämpfen sieht aber — dauernd wenigstens — nicht die mechanische Macht, sondern die innere Ueberlegenheit, die sittliche Superiorität. Wenn wir diese nicht haben, so werden wir Deutschland weder vor der einen noch der anderen Gefahr bewahren können. Diese Ueberzeugung wollten und mußten wir aussprechen, obwohl sie vielleicht verletzen wird.

Der Sieg der Unternehmer ist gesichert. Die Engländer mußten über die Buren siegen und so müssen auch die Arbeitgeber über die „Rebellen" siegen. Aber dieser Sieg hat keine ethische Bedeutung. Das wird Herrn Stinnes und Herrn Thyssen sehr gleichgültig sein und sie werden vielleicht sagen: „Nach uns die Sintflut!" Dem deutschen Volk aber kann es nicht irrelevant sein, auf wessen Seite die ethischen Werte liegen. Eine Nation deren einziges Motto die ewigen Wahrheiten des Einmaleins sind, hat keine Zukunft, hat nicht einmal eine Daseinsberechtigung. Roosevelt, den doch die „smarten" Amerikaner als Führer anerkennen, hat es in rauhen Worten ausgesprochen: „Man kann nicht streng genug über die Reichen urteilen, die unter Nichtachtung aller Pflichten nur darauf bedacht sind, Geld zusammen zu scharren. Diese Sorte bekümmert sich ebensowenig um den Arbeiter, den sie unterdrückt, wie um den Staat, den sie gefährdet. Ihre Zahl ist nicht groß; wohl aber ist's die Schar derer, die diesem Tupus ähnelt. Und je mehr sie sich ihm nähert, ein um so ärgerer Fluch ist's für das Land." Und weiter hat der Repräsentant amerikanischer virtus gesagt: „Die Menschen, die sich rühmen, ein hohes kommerzielles Ideal zu haben, bedenken nicht, daß solches Ideal schließlich sehr geringen Wert hat und daß in keinem jämmerlichen Raubstaat des Mittelalters das Leben armseliger gewesen sein kann, als das Dasein der Menschen, denen Handel und Gewerbe alles ist und für die Worte wie nationale Ehre, Ruhm, Mut, Tapferkeit, Treue und Selbstlosigkeit jede Bedeutung verloren haben. Weniger als je kann ein Volk heute von Brot allein leben." Verteidigt Eure heiligsten Güter! Das ist ein schönes von Egmontstimmung getragenes Wort. Wenn aber diese heiligsten Güter nur noch Attrappe sind, wenn das Bollwerk nur noch Kulisse ist, dann werden die Sieger von heute in nicht ferner Zukunft unterliegen. Um ein Banner, das nur die Worte trägt: „Zweimal zwei ist vier!" scharen sich keine Helden.

G.

Der Generalstreik im Ruhrgebiet.

Ein böses Kapitel.

Eine recht üble Nebenerscheinung des jetzigen Bergarbeiterstreiks, wie auch anderer Ausstände, ist die Belästigung von Arbeitswilligen, durch die regelmäßig die Hitzköpfe ihren Standpunkt betätigen zu müssen glauben, gegen die aber energisch protestiert werden muß. Mit demselben guten Grunde, womit der eine Arbeiter das Recht der Koalition und des Streiks für sich in Anspruch nimmt, kann ein anderer beanspruchen, ungestört weiter zu arbeiten, wenn er sich dem Streik aus dem einen oder andern Grunde nicht anschließen will. Die Propaganda für den Streik darf keinesfalls in Mißhandlungen und Bedrohungen ausarten, wie sie vorgekommen sind. Der Dortmunder Bergbauliche Verein führt eine große Anzahl solcher Fälle unterm 19. Januar an, z. B.:

Zeche Shamrock, Herne: Bergarbeiter Ortmeln wurde am 17. d. M., abends 10½ Uhr, an seiner Wohnung in Wanne, Karlstraße 9, von acht Leuten überfallen. Dieselben warfen mit Ziegelsteinen und Zaunlatten. Ortmeln konnte sich nur durch die Flucht seinen Verfolgern entziehen. Seitens patrouillierten noch dreiviertel Stunden lang vor der Wohnung. Von den Verfolgern wurde keiner erkannt. — Shamrock III/IV, Zeche Mont Cenis, Sodingen: Vorgestern und gestern wurden einige Arbeitswillige bedroht. Ein Steiger wurde gestern mißhandelt. — Hörder Verein, Dortmund: Heute morgen haben auf unseren Zechen Schlesvig-Holstein ganze Banden Streikposten von auswärts die Arbeitswilligen durch Drohungen und Gewalt von der Arbeit fernzuhalten. Die Streikposten sind fremde Elemente, deshalb ist die Namhaftmachung unmöglich. Die geringe Gendarmerie ist völlig machtlos.

Zeche Ver. Germania, Marten (Schacht 2): Heute morgen wurde von dem Betriebsassistenten Heinze gemeldet, daß in der Nacht von dem Fußwege aus, der an unserem Zechenbahnhof entlang führt, auf unsere Koksarbeiter geschossen worden sei, und wollen die Leute dieserhalb nicht mehr zur Arbeit erscheinen. Ferner teilten mir mehrere Koksarbeiter mit, daß sie in ihren Wohnungen von den streikenden Bergarbeitern, mit denen sie zusammen wohnen, mit Knochenkapuzinerschlägen, Totschießen und dergl. bedroht würden.

Zeche Lothringen, Gerthe bei Bochum: Gestern gegen 1—2 Uhr hatte sich eine Menge Streikender von fremden Zechen an der Hauptstraße angesammelt, gegen 1500 Mann, die von 15 Mann Gendarmerie auseinander getrennt wurde. Die Polizei wurde beschimpft und mußte von der blanken Waffe Gebrauch machen; indes sind nur kleinere Verletzungen vorgekommen.

Zeche Graf Beust, Essen: Heute nachmittag 5 Uhr wurden auf der Kolonie Sehenberg von ca. 15 Ausständigen die von der Schicht heimkehrenden Bergleute angefallen, ein Bergmann niedergeworfen und mißhandelt. Die Polizei war zur Stelle und griff ein. Die Haupttäter wurden verhaftet. Die Steiger haben die Leute nach Hause begleitet. Auf dem Eisenplatz wurden sie von Streikenden angespuckt usw. Sie klagen über nicht genügenden Schutz. Ungefähr 50 Mann erklären, daß sie wegen der Belästigungen nicht zur Zeche kommen können.

Daß solche böse Ausschreitungen der Sache der Arbeiter nur schaden, sollten die Leute wohl selbst einsehen.

Uneinigkeit unter den Streikenden?

Als Alarmnachrichten tendenziöser Art sind einem Mitarbeiter des „L. A." von maßgebender Stelle die Mitteilungen bezeichnet worden, die der Bergbauliche Verein über die Haltung der Bergarbeiter verbreitet. Diese Berichte sind im höchsten Grade aufgebauscht oder so gut wie aus der Luft gegriffen. Die Regierungsbehörden im Ruhrrevier haben von Berlin aus Anweisungen erhalten, all diesen Meldungen von Ausschreitungen, Bedrohungen, oder sonstigen Anzeichen einer mit Gewalttaten drohenden Gärung nachzugehen. Der Regierungspräsident hat Ermittelungen anstellen lassen und Berichte an die maßgebende Stelle gesandt, die die völlige Grundlosigkeit aller dieser Alarmnachrichten ergeben.

In Bochum fand am Freitag vormittag zur Beratung über weitere Verstärkung des Sicherheitsdienstes eine Konferenz zwischen dem Ober- und Regierungspräsidenten statt. Auf einzelnen Zechen würde sich nach Angabe der Zechenverwaltungen die Zahl der anfahrenden Belegschaften bedeutend erhöhen, wenn für sie ein ausreichender Schutz vorhanden wäre. Der Verlauf des heutigen, sowie des morgigen Tages wird nach dem „B. T." ergeben, ob die von mehreren Seiten gewünschte Hinzuziehung von Truppen, gegen die sich einzelne Stadtverwaltungen ablehnend verhalten, erforderlich ist.

Der Zwischenfall in Petersburg.

Es ist bezeichnend, wie sich die russische Presse zu dem blutigen Unfall an der Newa verhält. Im allgemeinen bringt sie nur die kurze amtliche Mitteilung, die von einem Zufall berichtet. Die „Nowoje Wremja" äußert sich, nach dem „B. T.", ausführlicher. Sie schreibt:

„Ganz Petersburg wurde heute durch die furchtbare Nachricht erregt, welche mit allen Einzelheiten von Mund zu Mund wanderte und von einem furchtbaren Verbrechen, mit Religionsschändung verbunden, meldete. Als der Zar zum gemeinsamen Gebet mit dem Volke hinaustrat, wurde mit Kartätschen geschossen. Man vermutete, daß vom Dache eines Hauses geschossen worden sei. Endlich erschien die Mitteilung im „Regierungsboten", und alles atmete erleichtert auf. Bittere Vorwürfe wurden gegen die Urheber solchen Leichtsinns laut, der fast unendliches Unheil gebracht hatte. Augenzeugen berichten, daß nach dem dritten Salut ein Geschoß in der Luft krepierte und Kugeln verstreute, von denen manche wirkungslos niederfielen und andere mit großer Gewalt in die obere und untere Etage des Winterpalais schlugen. Woher? Wie? Weshalb? So fragt sich jeder und richtete ein heißes Dankgebet gegen Gott, daß er das drohende Unheil vom Haupte des geliebten Zaren abgewendet hat.

Es liegt seit dem gestrigen Nachmittag die folgende dritte amtliche Meldung vor:

* **Petersburg**, 20. Januar. Die erste Batterie der Garde-Artillerie-Brigade, die gestern bei der Feier der Wasserweihe die Salutschüsse abgab, wurde vom Kapitän Dawydow befehligt. Außer ihm waren im Dienst bei dieser Salutbatterie Stabskapitän Karzew, die Leutnants Graf Kontaissow, Perebinsow, Miller, Rot I und Rot II. Die Batterie bestand aus alten Vorderladern.

Mit der gleichfalls amtlichen Meldung der Petersburger Telegraphenagentur, wonach eine Kartusche versehentlich in das Geschützrohr gesteckt worden sei, stimmt dieses von „Vorderladern" berichtende Telegramm nicht überein. In Pariser Depeschen wird das dritte Geschütz der ersten Batterie der 2. Garde-Artillerie-Brigade als dasjenige bezeichnet, aus welchem der Scharfschuß abgefeuert wurde. Nach dem „Echo de Paris", das wohl flunkert, wäre die genannte Brigade dazu ausersehen gewesen, im Bedarfsfalle gegen die ausständigen Arbeiter vorzugehen und hätte darum Munition älteren Musters erhalten. Hauptmann Dawidow von der ersten Batterie soll — wie im „Lokal-Anzeiger" wiederholt wird — Selbstmord verübt haben, doch ist diese Meldung als unbegründet schon mittags bezeichnet worden. Nach einer Depesche des „B. T." ist der Schutzmann, der bei dem Ereignis schwer verwundet wurde, gestern aus langer Agonie erwacht. Eine Kugel drang ihm in das linke Auge, zerstörte es und blieb im Knochen stecken. Sie wurde abends operativ entfernt. — Nach Wiener Meldungen, die sich auf Petersburger Privatmeldungen berufen, wäre die Polizei nunmehr in dem Besitz von Beweisen, daß es sich bei dem Zwischenfall um ein wohlorganisiertes und weitverzweigtes Komplott gegen den Zaren handelt, an dem sehr hochgestellte Persönlichkeiten beteiligt sein sollen. Auch heißt es, daß der Schuß nicht von einer Batterie, sondern von einem versteckt gewesenen Mörder abgefeuert sei.

Deutsches Reich.

Leipzig, 20. Januar.

* **Vom „Wissenschaftlich-humanitären Komitee"** in Charlottenburg erhalten wir folgende Zuschrift:

Charlottenburg, den 19./1. 1905.
Berliner Straße 104, II.

Sehr geehrter Herr Redakteur!

Sie würden uns sehr verbinden, wenn Sie — infolge auf die Ausführungen in Ihrem geschätzten Blatte vom 18./1. — folgende Bemerkungen aufnehmen wollten:

„Die Agitation gegen den § 175, wie sie das wissenschaftlich-humanitäre Komitee betreibt, basiert auf durchaus wissenschaftlicher Grundlage und ist einzig bedingt durch die großen und fast von allen Seiten zugegebenen Mißstände, wie sie das Bestehen des § 175 im Gefolge hat (Unerhörte Erpressungen, Vernichtung menschlicher Existenzen). Das Bestreben des wissensch.-human. Komitees ist allein darauf gerichtet, durch Aufklärungsarbeit in weiten Kreisen des Volkes eine richtige, mit den wissenschaftlichen Forschungsergebnissen in Einklang stehende Auffassung über das Wesen und die Entstehung der Homosexualität anzubahnen.

Das Komitee hält sich durchaus fern von der Anschauung, als ob die Homosexualität eine edlere Art der Liebe darstelle; es hat in sein Programm sogar den Satz aufgenommen, daß eine Verherrlichung der Homosexualität und eine Propaganda für dieselbe auf Grund seines wissenschaftlichen Standpunktes völlig ausgeschlossen ist."

Mit vorzüglicher Hochschätzung!
Wissenschaftlich-humanitäres Komitee.
Dr. M. Hirschfeld.

Da der letzte Satz so gedeutet werden konnte, als ob wir dem Komitee eine Verherrlichung der Homosexualität vorgeworfen hätte, setzen wir den betr. Passus unserer angezogenen Auslassung hier nochmals her:

„Was im übrigen selbst den Freunden der Aufhebung des § 175 ihre Stellung aufs äußerste erschwert, ist die geschmacklose, zum Teil direkt unverschämte Manier, mit der manche Vorkämpfer der Bewegung sich mit der Perversität brüsten. Schon geht es so weit, daß die Homosexualität als die edlere Form der Liebe hingestellt wird, und normale Menschen müßten sich eigentlich bereits schämen, nicht unnatürliche Neigungen zu haben. Es bleibt zu befürchten, daß die gesunde Scheu vor der Perversität durch diese Auswüchse unheilbaren Schaden leidet. In Erkenntnis der Wichtigkeit der Prophylaxis möchten wir daher alles vermieden wissen, was die Schar der Unglücklichen vermehren hilft."

Hieraus geht klar hervor, daß diese Worte sich nicht gegen alle Freunde der Aufhebung des § 175 und insbesondere nicht gegen das „Wissenschaftlich-humanitäre Komitee" richten. Auch im übrigen sehen wir keinen Grund, unsere Auffassung von der Bewegung und ihrer Propaganda zu revidieren.

*

Berlin, 20. Januar.

* **Vom Bundesrat.** In der am 19. Januar unter dem Vorsitz des Grafen Posadowsky abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrats wurde die Reichstagsresolution vom 13. Dezember, betreffend Erhebungen über die Grundlage für eine obligatorische Alters- und Invalidenversicherung der Handwerker den zuständigen Ausschüssen, ferner die Reichstagsresolution vom 10. Januar, betreffend Abänderung des § 48 Absatz 4 des Invalidenversicherungsgesetzes (Auslandsaufenthalt zur Wiederherstellung) dem Reichskanzler überwiesen. Es wurde Kenntnis genommen von dem Geschäftsbericht der Zentralauskunftsstelle für Auswanderer. Vorgelegt wurde eine Nachweisung der Veränderungen im Grundbesitz des Reiches für das Rechnungsjahr 1903. Die Zustimmung wurde erteilt dem Ausschußantrage betr. Tarifnummer, betr. die Reichstagsresolution wegen Aenderung des § 70 Abs. 1 der Prüfungsordnung für Aerzte, betr. die Aenderung des § 51 Abs. 2 der Eisenbahn-Verkehrsordnung, ferner betr. den Gesetzentwurf wegen Feststellung des Landeshaushaltsetats für Elsaß-Lothringen 1905 und die Beschlüsse des Landesausschusses über einen Gesetzentwurf für Elsaß-Lothringen wegen Abänderung verschiedener Justizgesetze. Außerdem wurde über mehrere Eingaben Beschluß gefaßt.

* **Zum neuen deutsch-österreichischen Handelsvertrag.** Gegenüber anderen Meldungen stellt das „B. T." „auf Grund authentischer Informationen" fest, daß von einer Einigung im Handelsvertrag mit Oesterreich noch keine Rede ist und daß über den Termin der Unterzeichnung des Vertrages demgemäß auch noch nichts Näheres beschlossen sein kann. Es stehe lediglich die Tatsache fest, daß die Verhandlungen, die weiter fortgesetzt werden, günstige Aussichten für die Einigung bieten.

* **Die neuen Fünfzigpfennigstücke.** Die „Nordd. Allg. Ztg." meldet: Nachdem der Bundesrat am 6. Oktober 1904 beschlossen hatte, daß neue Fünfzigpfennigstücke mit der Wertangabe „½ Mark" und schärferer Riffelung des Randes im Betrage von etwa 100 Millionen ausgeprägt werden sollen, ist zunächst mit der Ausmünzung von 10 Millionen vorgegangen worden, deren Ausgabe demnächst ihren Anfang nehmen soll. Sobald ungefähr 25 Millionen Mark in neuen Stücken hergestellt sein werden, was voraussichtlich im Laufe des nächsten Sommers der Fall sein wird, soll mit der allmählichen Einziehung und Umprägung der bisher geltenden Fünfzigpfennigstücke begonnen werden.

SLUB
Wir führen Wissen.